

NACHFOLGEREGELUNG UND ERBSCHAFTSSTEUER

Viele Betriebe gehen durch den Inhaber altershalber auf die Nachkommen und Angehörige über. Die neue Erbschaftsteuerregelung ist absolut mittelstandsfeindlich. Sie führt dazu, dass Unternehmen mehr und mehr an (ausländische) Konzerne verkauft werden.

Wir wollen eine finanziell für die Nachfolger erträgliche Regelung haben, die es ermöglicht, den Betrieb auf wirtschaftlicher Basis weiterzuführen.

Wer sein Leben lang als Unternehmer mit Verantwortung und Weitsicht alle Risiken getragen und Arbeitsplätze geschaffen und erhalten hat, sollte beim Erbgang nicht bestraft werden!



Wir wollen dem Mittelstand endlich die Plattform bieten, die er für eine vernünftige Unternehmensentwicklung braucht. Dazu zählen vor allem Bürokratieabbau und endlich eine Steuerreform, die den Namen auch verdient.

– Roland Dreizler

VERNÜFTIGE POLITIK IST KEIN HEXENWERK

Wir sind der Ansicht, dass ein « weiter so » in der heutigen Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs zur Politikverdrossenheit der Bevölkerung führt. Deshalb ist es für uns sehr wichtig, endlich wieder die Mitte der Gesellschaft zu stärken und nicht ständig den mächtigen Konzernen und Plutokraten in die Karten zu spielen.

**Unterstützen Sie uns! Seien Sie politisch!
Hinterfragen Sie die heutige Politik und seien Sie aufmerksam und kritisch!**

**Gerechtigkeit hat einen Namen. FW-BW!
Die Freien Wähler in Baden-Württemberg!**



Mittelstand im Fokus unserer Politik

Kontaktieren Sie uns:

**FW Landesfachausschuss
für Wirtschaft und Mittelstand**

c/o Holger Krah

Höflestr.3

78713 Schramberg

Tel.: 0172 977 5627

Krah@krasitec.com | www.fw-mittelstand.de

www.freie-waehler-baden-wuerttemberg.de

IHRE Freie Wähler informieren:



DIE PARTEI DER MITTE



Fotos: © Adobe Stock

www.freie-waehler-baden-wuerttemberg.de

WIR LASSEN DEN MITTELSTAND NICHT ALLEINE

Mittelständische Unternehmen stellen bekanntlich ca. 90% aller verfügbarer Arbeitsplätze. Aber nur die Großkonzerne profitieren von der derzeitigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Das wollen wir ändern. Wir stellen die Unternehmer und den Arbeitnehmer – die sogenannte Mittelschicht – als Leistungsträger unserer Gesellschaft endlich in den Mittelpunkt. Ohne die « Kleinen » können die Großkonzerne bei weitem nicht so erfolgreich sein. Hierzu wollen wir unseren Beitrag leisten. Informieren Sie sich über unser Parteiprogramm unter:

www.freie-waehler-baden-wuerttemberg.de

In der Legislaturperiode bis 2013 lagen dem Deutschen Bundestag 900 Gesetzesentwürfe vor, verabschiedet wurden 553 Gesetze. Im Augenblick gelten 2.197 Bundesgesetze mit 46.777 Einzelschriften sowie 3.131 Verordnungen mit 39.197 Einzelschriften. Wer will das noch alles überblicken können?

Wir fordern den Abbau sinnloser Gesetze und Verordnungen, z.B. eine Vereinfachung der Datenschutzverordnung (DSGVO)



LAGARDES EZB-POLITIK FÖRdert DIE GROSSKONZERNE AUCH IN DER ZUKUNFT

Über diese Fakten spricht in Deutschland niemand:

Anleihen grosser Konzerne werden von der EZB seit Juni 2016 erworben

Mit monatlich EUR 7.0 Mrd. erwirbt die EZB in ihrem Kaufprogramm CSPP Unternehmensanleihen grosser Konzerne. Dazu gehören zahlreiche deutsche Großkonzerne wie BASF, BMW, Volkswagen und Siemens. Dies geht voll zu Lasten der Europäischen Steuerzahler und schwächt die Mittelstandsunternehmen, welche bekanntlich schon immer Probleme bei der Unternehmensfinanzierung haben. So wird u.a. die mittelständische Zulieferindustrie geschwächt und von der Grossindustrie noch abhängiger gemacht.

Das ist Wettbewerbsverzerrung!

ABSCHAFFUNG DER GEWERBESTEUER

Sie ist leistungshemmend und geschäftsschädigend für die Gewerbebetriebe. Mit einer vernünftigen Gesamtsteuerreform wäre sie überflüssig.

VEREINFACHUNG DER UMSATZSTEUER

Wir fordern eine Vereinfachung der Umsatzsteuer und die Vereinheitlichung der Steuersätze. Der Dschungel von unterschiedlichen Steuersätzen wie bspw. in der Lebensmittelbranche oder in der Gastronomie gehört abgeschafft.

INNOVATIONS- UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Eine Förderung von KMU's bei der Forschung ist nur vereinzelt und nicht flächendeckend vorhanden. Die Stellung von Förderanträgen ist mit viel Aufwand und teilweise unter Hinzuziehung von externen Forschungsförderungsberatern möglich, die viel Geld für ihre Leistungen verlangen. Die Idee der Entlastung von KMU's an Forschungs- und Entwicklungskosten wird konterkariert. Im Wettbewerb der Forschungsstandorte in Europa wird Deutschland von den anderen EU-Ländern durch bessere Förderquoten geschlagen.

Wir fordern eine bessere und einfachere Forschungsförderung, besonders für KMU's!

